

Auf den Sieg folgt die Auflösung

Biel Das Komitee «Westast – so nicht» hat den Bürgerprotest gegen die Bieler Autobahn geprägt. Nach dem historischen Sieg will der Vereinsvorstand neuen Kräften Platz machen.

Lino Schaeren

«Westast – so nicht» soll aufgelöst werden: Das beantragt der Vorstand der Bürgerbewegung seinen rund 2300 Mitgliedern. Der Verein war in den vergangenen Jahren zum Gesicht des Bieler Protests gegen den A5-Westast mit offenen Anschlüssen mitten im Siedlungsgebiet geworden und hat damit für Aufmerksamkeit weit über die Region hinaus gesorgt. Zusammen mit seinen Verbündeten hat das Komitee Historisches geschafft. Nie war es in der Schweiz zuvor einer Bürgerbewegung gelungen, ein bereits baureifes Nationalstrassenprojekt noch zu stoppen. Der Verein «Westast – so nicht» hat damit erreicht, wozu er angetreten ist: Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga (SP) hat das gescheiterte Autobahnprojekt Anfang Jahr abgeschrieben. «Auftrag erfüllt», findet deshalb der Vorstand des Komitees und will mit der Vereinsauflösung einen Schlussstrich ziehen.

Stimmt die Mitgliederversammlung im August mit einer Zweidrittelmehrheit zu, geht die Geschichte der wohl einflussreichsten Bieler Organisation der letzten Jahre zu Ende. Und das, obschon die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Dialogprozess, die «Westast – so nicht» mitgearbeitet hat, erst jetzt ansteht. Urs Scheuss, Vorstandsmitglied von «Westast – so nicht» und VCS-Vertreter im Dialogprozess, mahnte deshalb bereits vor Monaten, dass der Marathon mit dem historischen Sieg über das «Autobahnmonster» erst zur Hälfte absolviert sei.

Mit Widerstand ist zu rechnen
Der Schlussbericht des Dialogverfahrens enthält gemeinsame Empfehlungen von Behörden sowie Westast-Befürwortern und -Gegnern für kurz- und mittelfristige Massnahmen zur Verbesserung der hiesigen Verkehrssituation. Die Beteiligten haben sich zudem im Grundsatz zum Netzabschluss aus dem Jahr 1960 bekannt; die Bieler Lücke im Nationalstrassennetz soll demnach geschlossen werden. Unterzeichnet wurde der Schlussbericht von 28 der 30 in den Prozess eingebundenen Organisationen, vom TCS und dem Handels- und Industrieverein bis hin zu Pro Velo und zum VCS. Wie die Empfehlungen umgesetzt werden und vor allem, wie die künftige Autobahnlösung aussehen wird, ist offen. Das herauszufinden, ist Aufgabe der mit dem Abschluss des Dialogs neu gegründeten Organisation Espace Biel/Bienne Nidau, geführt von Biels Stadtpräsident Erich Fehr (SP).

Die Umsetzung des erzielten Konsenses mittels konkreter Massnahmen wird kein Spaziergang, es ist zumindest bei einzelnen Vorhaben unweigerlich mit politischem Widerstand zu rechnen, auch die Finanzierung wird vermehrt in den Vordergrund rücken. Während die westastkritischen Organisationen darauf pochen, zuerst die kurz- und mittelfristigen Empfehlungen umzusetzen und zu analysieren, bevor eine Autobahnlösung in Betracht gezogen wird, wollen die wirtschaftsnahen Westast-Befürworter, dass die langfristige Nationalstrassenlösung von Anfang an vorangetrieben wird.



Die mit Abstand grösste Organisation hinter dem Bürgerprotest gegen die Autobahn war «Westast – so nicht». FRANK NORDMANN/A

Hinter dem Bieler Hauptbahnhof geht es, jetzt, wo der Anschluss Bienne Centre Geschichte ist, zudem darum, ein ganzes Stadtquartier quasi zurück in die Gegenwart zu holen, das aufgrund des geplanten Autobahnbaus jahrzehntelang in seiner Entwicklung blockiert war. Mit der Ablehnung der Grossüberbauung Agglolac in den Parlamenten von Biel und Nidau wird die Politik dabei nicht darum herumkommen, den Entwicklungsschwerpunkt zwischen Bahnhof und See gesamtheitlich zu betrachten: Jetzt, wo der Westast vom Tisch ist, bieten sich städteplanerisch an bestens erschlossener Lage völlig neue Möglichkeiten, die vor zehn Jahren noch undenkbar schienen.

«Es gibt kein Mandat mehr»
Ist es unter diesen Voraussetzungen für eine einflussreiche Organisation wie «Westast – so nicht» taktisch der richtige Zeitpunkt, sich mit der Vereinsauflösung quasi selber aus dem Spiel zu nehmen? Diese Frage hat sich wohl auch die Führungsriege ernsthaft gestellt. Schliesslich haben die 13 westastkritischen Organisationen, die den Schlussbericht des Dialogprozesses mittragen, bereits vergangenen Dezember versprochen, den Druck hochzuhalten, damit die Empfehlungen in ihrem Sinne realisiert werden. «Wir bleiben wachsam und werden die Umsetzung genau verfolgen», schrieben sie in einer gemeinsamen Medienmitteilung.

Doch «Westast – so nicht»-Vorstandsmitglied Christoph Grupp verweist auf den Vereinszweck: Der Bau des Westasts soll gestoppt und die Grundlagen geschaffen werden für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung mit fortschrittlichen Mobilitätsformen, wurde dort festgehalten. Mit diesem Versprechen gingen die Initiantinnen und Initianten dereinst auf Mitgliederfang. Nach Ansicht des Vorstands konnten mit der Abschreibung des generellen Projekts und den Empfehlungen aus dem Dialogprozess beide Ziele erreicht wer-

«Wir wissen nicht, wie es aus Sicht der Basis weitergehen soll, jetzt, wo der Westast vom Tisch ist.»

Christoph Grupp, Vorstand «Westast – so nicht»

den. Darüber hinaus, sagt Grupp, gebe es kein Mandat der rund 2300 Mitglieder: «Wir verfügen über keine Fakten und Zahlen, die aufzeigen würden, wie es aus Sicht der Basis nach der Erfüllung des Vereinszwecks weitergehen soll.» Soll heissen: Der Vorstand ist sich bewusst, dass die Gründe der Mitglieder, den A5-Westast wie er geplant war abzulehnen, vielseitig waren, eine gemeinsame Vision, was nach dem Sieg über die Behörden folgen müsste, gibt es nicht. Den Verein – angefangen bei einem Namenswechsel – neu zu positionieren, hält Grupp für wenig sinnvoll. Lieber wolle man das Feld jetzt potenziellen Folgeorganisationen und damit auch frischen Kräften überlassen, sagt er. Das mehrjährige grösstenteils ehrenamtliche Engagement habe viel Energie und Ressourcen gekostet, so Grupp. Eine gewisse Müdigkeit sei nach erfolgreich geschlagener Schlacht nicht wegzudiskutieren.

Mehr Partizipation gefordert
Es gibt bei «Westast – so nicht» allerdings auch Stimmen, die warnen, dass es sich nachteilig

auswirken könnte, den Verein vorschnell aufzulösen. «Die Befürworter fordern weiterhin einen Anschluss in der Seevorstadt, und wir wissen nicht ansatzweise, ob, wie und wann die kurz- und mittelfristigen Massnahmen aus dem Dialogprozess umgesetzt werden», sagt Vorstandsmitglied und Sprecherin Catherine Duttweiler. Der Partizipation wird nach Ansicht der westastkritischen Gruppierungen in der neuen Organisation Espace Biel/Bienne Nidau zu wenig Gewicht einräumt. Tatsächlich stammt das Organigramm vom kantonalen Baudirektor Christoph Neuhaus (SVP) und sieht für den Einbezug von Fachverbänden, Organisationen und Bürgerbewegungen lediglich eine sogenannte Reflexionsgruppe vor. Diese soll der Behörde delegiert beratend zur Seite stehen.

Dass sie «eine Alibirolle» nicht akzeptieren würden, haben die Organisationen laut Duttweiler bereits Anfang Jahr Stadtpräsident Fehr mitgeteilt. «Das Organigramm erinnert uns fatal an die Projektorganisation von Hans Stöckli, die vor zehn Jahren den Westast mit den Stadtanschlüssen abnickte», sagt sie. Man müsse jetzt zuerst gemeinsam eine bessere Lösung erarbeiten und die Rollen definieren, was wegen den Corona-Einschränkungen bisher kaum möglich gewesen sei. Die Arbeitsgruppe Kommunikation von «Westast – so nicht» habe daher von einer vorzeitigen Auflösung des Komitees abgeraten – vergeblich.

Erich Fehr sagt, die von den Westast-Gegnern vorgebrachten Befürchtungen seien unbegründet, wonach die Partizipation bei der Umsetzung der Dialog-Empfehlungen zum Feigenblatt werden könnte. Die Reflexionsgruppe als beratendes Organ sei im Organigramm lediglich ein Platzhalter, sagt er. Sprich: Die partizipativen Instrumente seien noch nicht festgelegt.

Um dies anzugehen, hat Fehr die im Dialogprozess involvierten Gruppierungen für den 10.

Mai zu einer ersten Besprechung eingeladen. Es sei, sagt der Bieler Stadtpräsident, eine Lehre aus dem Westast-Dialog, dass man die Rahmenbedingungen gemeinsam festlegen müsse und niemand vor vollendete Tatsachen stellen dürfe. Er kündigt damit im Prinzip also ebendies an, was Duttweiler fordert.

Auch Fehr betont die Wichtigkeit partizipativer Prozesse, verweist dabei auch auf neue Ansätze, welche die Stadt Biel derzeit testet. So wurden für die Mitwirkung zur Neugestaltung des Unteren Quais Anwohnerinnen und Anwohner per Los bestimmt. Nebst den Chancen sieht Fehr aber auch klare Grenzen für die Partizipation. Diese, so sagt er, könne nicht die ordentlichen Entscheidungskompetenzen ersetzen. Es sei deshalb zwingend, dass eine Gruppe, welche die Empfehlungen aus dem Westast-Dialogprozess weiterbearbeitet, durch die Behörden gesteuert werde.